

Das andere Korea : ein Besuch im "Roten Paradies"

Autor(en): **Dege, E. / Ehrensperger, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Berner Geographische Mitteilungen : Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft Bern und Jahresbericht des Geographischen Institutes der Universität Bern**

Band (Jahr): - **(1991)**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-322113>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

und die Belastung einzelner Familienmitglieder, namentlich der Frauen und der Kinder, nimmt zu.

Ist ökologische Entwicklung planbar?

Andreas Kläy schloss den Mitteilungsabend mit grundsätzlichen Überlegungen zur Entwicklungszusammenarbeit und zur weltweiten Umweltdegradation.

Die Umweltproblematik ist in der Entwicklungszusammenarbeit nicht neu. Trotzdem konnte sie bis heute nicht aus der Welt geschafft werden. Sie hat sich vielmehr verschärft und ist auf unglückliche Weise mit der Entwicklungsproblematik verbunden. Sie stellt die Folgen einer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung dar, die in den Industrieländern bereits vollzogen ist und heute den Ländern der Dritten Welt als Modell dient. Diese Entwicklung vertrat, global gesehen, seit jeher die Interessen einer Minderheit (von Individuen und Staaten) und marginalisiert heute die Mehrheit der Weltbevölkerung.

Die gegenwärtige Situation in der Entwicklungszusammenarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass die Industrieländer und die Hilfswerke den Ländern der Dritten Welt ein Entwicklungsmodell vorlegen und vorleben, das ökologisch überholt und nicht tragbar ist. Um sich davon zu überzeugen, genügt es sich vorzustellen, alle Menschen würden im selben Mass wie die Einwohner und Einwohnerinnen der Industrieländer die Ressourcen verschwenden. Neue Modelle sind, so Andreas Kläy, noch nicht in Sicht. Es besteht also ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit geforderten "nachhaltigen Ressourcennutzung" und den angewendeten Entwicklungsmodellen.

Der Referent leitet daraus ab, dass in der heutigen Entwicklungsdiskussion keine klare Antwort auf die gestellten Fragen gegeben werden kann. Die Diskussion ist politischer Natur und wird leider von handfesten Interessen gesteuert. Andreas Kläy plädierte am Schluss seines Referats für einen Ansatz, der sich vom blossen Erfassen von Ausschnitten hin zu einer Betrachtung des Ganzen bewegt. Nur wer die Probleme ganzheitlich angeht, erkennt globale Zusammenhänge und kann daraus wirksame Entwicklungsansätze entwerfen.

A. Ehrensperger

Das andere Korea - ein Besuch im "Roten Paradies"

Prof. Dr. E. Dege, Kiel, 11.2.1992.

1971 begab sich Prof. Dege - auf der Suche nach einem aktuellen Beispiel der Industrialisierung - nach Südkorea. Er begann sich dann sehr rasch für den nördlichen Nachbarn des jungen "Tigers" zu interessieren und beantragte 1973 ein Einreisevisum. Er musste sich allerdings bis 1988 (!) gedulden, wurde dafür just zum 40. Geburtstag der Staatsgründung empfangen. Dass jemand 15 Jahre warten muss, um das Tor des "Roten Paradieses" passieren zu dürfen, zeigt wie abgeschottet vom Rest der Welt Nordkorea ist. Genauso wie das nordkoreanische Volk, mangels Vergleichsmöglichkeiten, glaubt, es lebe im besten und gerechtesten Land der Welt, ist es für Aussenstehende sehr schwierig, sich ein genaues Bild Nordkoreas zu machen. Diejenigen die hineinkommen, sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt und Literatur oder Statistiken über das Land sind kaum erhältlich. So sind wir, um einen Einblick ins "Rote Paradies" zu gewinnen, auf Berichte wie jenen von Prof. Dege angewiesen.

Pjöngyang

Die Hauptstadt Nordkoreas, Pjöngyang, wurde im 5. Jh. gegründet. Von der alten Bausubstanz ist allerdings fast nichts übriggeblieben. Pjöngyang wurde - wie die meisten Städte Nordkoreas - im Koreakrieg (1950-53) durch 343'000 amerikanische Bomben (eine pro Einwohner und Einwohnerin!) dem Erdboden gleichgemacht. Noch während des Krieges arbeitete die koreanische Führung in ihren Bunkern an einem neuen Wiederaufbauplan nach stalinistischem Muster. Zu Beginn wurde nach diesem Vorbild wiederaufgebaut, doch distanzierte man sich sehr rasch davon und fand zu einem eigenen modernen koreanischen Stil, der alte und neue Elemente verbindet. Pjöngyang ist denn auch, so Prof. Dege, ein positives Beispiel der sozialistischen Städteplanung. Grotesk und übertrieben wirken nur etliche patriotismusschürende Investitionsruinen und Prestigebauten: Als zur Debatte stand, ob Nordkorea an den Olympischen Spielen von 1988 in Seoul (Südkorea) beteiligt werden soll, wurde in Pjöngyang quasi über Nacht ein riesiges Olympiastadion (150'000 gedeckte Sitzplätze!) sowie ein "Olympiadorf" (sprich "Olympia-Wolkenkratzerquartier") gebaut. Beide Anlagen werden heute kaum benutzt. In Pjöngyang steht ausserdem im Rohbau das höchste Haus Asiens, das zugleich das grösste Hotel der Welt hätte werden sollen (fragt sich nur, welche Touristen es angesichts der restriktiven Einreisebewilligungen hätten besuchen sollen). Da ein falscher, unelastischer Zement verwendet wurde, kann das Wunderwerk aus Sicherheitsgründen nicht fertiggebaut werden...

Abb. 1.: Nord- und Südkorea



Quelle: "Der Bund", 24.8.1988.

Das westliche Schwemmland

Der Referent beschrieb in der Folge Nordkorea in einem West-Ost-Profil: Im Westen liegen flache Schwemmländer, die das grösste (Reis-) Anbauggebiet des Landes darstellen. Nur 18 Prozent der Landesfläche Nordkoreas sind landwirtschaftlich nutzbar. Daher werden diese Flächen extrem intensiv und sorgfältig im Rahmen einer zu 100 Prozent kollektivierten Landwirtschaft bebaut. Dank diesem intensiven Bewässerungsanbau konnten die 40 Prozent der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft tätig sind, in normalen Erntejahren die Nation mit Reis versorgen. In den letzten Jahren wurden die im Westen gelegenen Anbauflächen allerdings wiederholt von Überschwemmungen betroffen, so dass der Reis rationiert werden musste. Die Überschwemmungen wurden grösstenteils durch

den zunehmenden Holzschlag im östlichen Gebirge verursacht. Heute hat Nordkorea Mühe, seine Bevölkerung zu ernähren und ist auf Importe angewiesen, die aber aus Mangel an Devisen nicht einfach zu tätigen sind.

Der Osten

Gegen Osten steigt das Land allmählich an und Täler zerschneiden seine Oberfläche. Sie werden flussaufwärts immer tiefer und ihre Sohle immer enger, bis ab einem gewissen Punkt der Bewässerungsfeldbau nicht mehr rentabel ist und nur noch im Trockenfeldbau produziert wird. Die Hirse, die hier das traditionelle Anbauprodukt war, hat in der Zwischenzeit mehrheitlich dem ertragsreicheren Mais Platz gemacht.

Im Bereich der Wasserscheide erstreckt sich eine stark zerfurchte, dicht bewaldete und dementsprechend dünn besiedelte Gebirgslandschaft.

Das Gebirge fällt dann sehr abrupt zur Ostküste ab, die aus einem schmalen Küstenstreifen mit zahllosen Sandstränden besteht. Getrübt wird das Bild einzig von einer doppelten Stacheldrahtbarriere und einem dazwischenliegenden Minenfeld, deren Funktion es ist, den Zugang zum "roten Paradies" zu erschweren. Prof. Dege nannte dieses Gebiet die "kulturelle Rückseite Nordkoreas". Tatsächlich ist der dünner besiedelte Osten vom bevölkerungsreicheren Westen etwas abgeschnitten. Die Strassen dorthin sind meist schlecht und alle Eisenbahnlinien einspurig. Der Osten verfügt aber über sehr reizvolle Landschaften, die ihn zur wichtigsten Touristenattraktion des Landes machen könnten. Als Beispiel nannte der Referent das "Diamantgebirge", das früher eines der Zentren des Buddhismus war. Der Krieg und danach der kommunistische Staat vertrieben aber jegliche Religiosität aus diesem Gebiet. Erst seit 1988 sind religiöse Tätigkeiten wieder erlaubt und die buddhistischen Tempel werden im "Diamantgebirge" wieder aufgebaut.

Staat und Wirtschaft

Nordkorea wird vom Clan Kim Il Sung und einem daran angehängten Kader auf totalitäre Art und Weise regiert. Die Ideologie baut auf den Persönlichkeitskult rund um Kim Il Sung und auf die wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit (sprich Abkoppelung) des Landes. Denkmäler, riesige Statuen sowie die völlige Mythologisierung des Lebens von Kim Il Sung sorgen für die messianische "Ausstrahlung" des nordkoreanischen Herrschers. Nordkorea wird wahrscheinlich zur ersten kommunistischen Familiendynastie, denn der vorgesehene Nachfolger Kim Il Sungs heisst Kim Jon Il und ist dessen Sohn.

Geplant wird in Zehnjahresabschnitten, deren Beginn (resp. Ende) mit einem runden Geburtstag des "grossen Genossen" zusammenfallen. Bei diesen Gelegenheiten werden ihm "bescheidene" Geschenke (Paläste, Triumphbögen usw.) übergeben. Derweilen lebt das nordkoreanische Volk im sogenannten 8-8-8-Rhythmus (acht Stunden arbeiten, acht Stunden die Lehre des "grossen Genossen" lernen und acht Stunden schlafen).

Die Wirtschaft Nordkoreas steckt, seitdem die Hilfe der sozialistischen Bruderländer am versiegen ist, in grossen Schwierigkeiten. Verschärft wurde diese Situation, seit die Sowjetunion und ihre Nachfolgestaaten für das gelieferte Erdöl in Dollars bezahlt werden wollen. Die bereits erwähnte Abkoppelung vom Weltmarkt, der Wille alles aus eigener Kraft zu bauen, führt ebenfalls zu Schwierigkeiten: Das einzige landwirtschaftliche Exportprodukt zum Beispiel ist die Ginseng-Wurzel, die vor allem in der Nähe von Käsöng - der einzigen Stadt Nordkoreas, die im Krieg nicht zerbombt wurde - angebaut wird. Weiter werden die ansonsten beachtlichen Leistungen, insbesondere im Rahmen der Landwirtschaft, durch unnötige Ausgaben und Investitionsruinen gigantischen Ausmasses stark beeinträchtigt. Die Armee beansprucht laut Prof. Dege 23 Prozent des Bruttosozialprodukts. Eine Autobahn wurde in Bau gegeben, konnte aber nie asphaltiert werden, da das dazu notwendige Erdöl fehlt. Eine schiffbare West-Ost-Durchquerung des Landes (mit einem 25 km langen Tunnel!) wurde in Angriff genommen, wird aber wahrscheinlich nie zu einem rentablen Einsatz kommen.

Trotzdem, so meint Prof. Dege, blicken die Menschen Nordkoreas lächelnd und mit Zuversicht in die von Kim Il Sung gewiesene Zukunft, denn schliesslich leben sie ja im "Roten Paradies".

A. Ehrensperger

Umweltabgaben als neues Instrument der Umweltpolitik.

Dr. R. Meier, Bern, 25.2.1992.

Die Idee von Lenkungsabgaben ist in der Schweiz nicht neu: Bereits in den 60er Jahren wurde im Zusammenhang mit ökologischen Fragestellungen der Einsatz solcher Abgaben diskutiert. Dennoch ist das Thema heute noch hochaktuell und die Meinungen dazu gehen zum Teil stark auseinander. Der Volkswirtschaftler und Raumplaner Ruedi Meier gab im Rahmen des letzten Vortrags der Geographischen Gesellschaft in der Saison 91/92 einen fundierten Einblick in diese umstrittene Materie. Dr. Ruedi Meier

ist Mitarbeiter bei der Kantonalen Direktion für Energie, Verkehr und Wasser, wo er das Thema "Ökobonus" behandelt, und Dozent an der Universität Bern.

Umweltpolitik in der Schweiz

Lenkungsabgaben sind, wie erwähnt, in der Schweiz kein neues Thema; sie werden sogar als ein klassisches marktwirtschaftliches Lenkungsinstrumentarium betrachtet. Trotzdem setzten sie sich bis heute nicht durch. Nachdem 1985 das Umweltschutzgesetz endlich zustande gekommen war, wurden stattdessen in wenigen Jahren mehrere hundert Gebote und Verbote in Sachen Umweltschutz erlassen. Dies war möglich geworden, weil Bundesverordnungen nicht vom Parlament absegnet werden müssen. Der Referent kritisierte, diese grosse Anzahl an Gesetzen führe nicht ans Ziel und sei mit schweren Vollzugsproblemen verbunden. Weiter sei der vorhandene Spielraum relativ klein und die Marktkräfte würden ungenügend ausgeschöpft. Trotzdem, so sagte er weiter, wäre es verfehlt, sich nur noch auf Umweltabgaben zu stützen und gleichzeitig die Gebote und Verbote vollständig abzuschaffen, denn Umweltabgaben seien keine Allheilmittel.

Die Vorschläge

Heute stehen verschiedene Vorschläge bereit, auf welchen politischen Ebenen, in welchen Bereichen und in welcher Form Umweltabgaben eingeführt werden sollen.

Auf Bundesebene sind zu erwähnen:

1. Die Energieabgabe auf fossilen Brennstoffen und Strom, das Herzstück der Umweltabgaben auf Bundesebene. Ausgegangen wird von einer Grundgebühr von Fr. 70.- pro emittierte Tonne CO₂ (Kohlendioxid). Die Abgabe wurde nach dem zu erreichenden Ziel - eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 20% - berechnet. Die CO₂-Emission in der Schweiz beträgt zur Zeit etwa 50 Mio. Tonnen pro Jahr. Auf die verschiedenen Energieträger umgerechnet würde diese Abgabe einen Zuschlag von Fr. 1,95 pro Liter Benzin, von Fr. 2,58 pro Liter Dieselöl und von Fr. 31.- pro 100 Kilogramm Heizöl ergeben.
2. Lenkungsabgaben auf Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln (Herbiziden, Fungiziden, Pestiziden und Insektiziden) und auf VOC (flüchtige organische Verbindungen, Kohlenwasserstoffe).
3. Vorgezogene Entsorgungsgebühren (z.B. für Batterien, Kühlschränke, Autos usw.), die bereits beim Kauf des entsprechenden Artikels entrichtet werden müssen.